Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 20 (1940-1941)
Heft: 7

Artikel: Die Weltwirtschaft nach dem Kriege
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-333914

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

lungen in den Behörden. Viel guter Wille war vorhanden. *Die Abstimmung hat gezeigt, daß diese Verständigung nichts nützt, wenn sie einfach ein Lippenbekenntnis bleibt.* In dieser Hinsicht hat die Abstimmung Klarheit geschaffen. Die bürgerlichen Parteien sind für eine Verständigung zu haben, solange auf der Seite der Arbeiterschaft Konzessionen gemacht werden. Sobald es aber gilt, sich für die Arbeiterschaft einzusetzen in einer bestimmten Frage, erklärt man: «Die Art, wie der Kampf geführt wurde, hat es uns verunmöglicht, wirkungsvoll für die Sache einzutreten.»

Der Elefant hat einen negativen Erfolg zu verzeichnen. Man muß sich darüber klar sein, daß es auch ohne die Methoden des «Bundes der Subventionslosen» sehr schwer gewesen wäre, die Vorlage durchzubringen. Das Volk hat eine gewisse Abneigung gegen Vorlagen, die von allen Seiten empfohlen werden. Diese Erfahrung konnte nun schon zu verschiedenen Malen gemacht werden. Eine Schwäche muß eingestanden werden. Der Kampf gegen den «Bund der Subventionslosen» von der Seite der Gewerkschaften und der Partei ist absolut unzulänglich. Wenn die Polemik erst dann aufgenommen wird, wenn eine Abstimmung zur Diskussion steht, wird es immer zu spät sein. Der «Elefantenklub» führt seinen Kampf ohne Unterbruch das ganze Jahr hindurch im Inseratenteil der verschiedensten Zeitungen. Es ist eine der dringendsten Aufgaben, dieser Propaganda zu begegnen, auch dann, wenn keine Abstimmung vor der Türe steht.

Die Weltwirtschaft nach dem Kriege

Von * * *

Der Oberbürgermeister von Neuyork, La Guardia, hat auf einer Konferenz der amerikanischen Bürgermeister die Forderung erhoben, die Regierung um Bereitstellung einer Summe für öffentliche Arbeiten zu ersuchen, die nach Beendigung der Aufrüstungsperiode und der dadurch verursachten Abnahme des Beschäftigungsgrades in Angriff genommen werden sollten. Möglicherweise werde sich dann der hierfür erforderliche Betrag auf mehrere Milliarden Dollar belaufen. Wie man weiß, vertritt La Guardia keineswegs den Standpunkt des amerikanischen Isolationismus, sondern ist einer der tatkräftigsten Unterstützer der Außenpolitik Roosevelts. Er ist infolgedessen auch keineswegs blind gegen die Möglichkeit einer Verschärfung und Ausdehnung des gegenwärtigen Weltkrieges. Daß er trotzdem bereits an die wirtschaftlichen Erfordernisse der Nachkriegszeit denkt, zeugt von einem Weitblick, der leider nicht allzu häufig ist. Befremdlicherweise, denn die Erfahrungen, die nach der Beendigung des letzten Weltkrieges nicht nur die an ihm beteiligten, sondern auch viele von ihm verschont gebliebene Länder gemacht haben, sollten für alle Staaten und für alle Bevölkerungsschichten die ernsteste Warnung bilden.

Auch dann, wenn der Krieg noch Jahre dauern und Japan, die

Vereinigten Staaten, ja selbst Rußland in seinen Wirbel hineinreißen würde, sollte kein verantwortlicher Staatsmann und kein denkender Mensch die Frage nach der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Neuordnung der verwüsteten und desorganisierten Welt bis nach dem Kriegsentscheid vertagen wollen. Wer die einander gegenüberstehenden Koalitionen und ihr beiderseitiges Kriegspotential objektiv abzuschätzen sucht, muß zur Einsicht gelangen, daß dieser Weltkrieg noch so ungeheuerliche Anforderungen an die Volkswirtschaft und die Nervenkraft aller Völker stellen wird, daß ihnen in der Zeit nach dem Waffenstillstand erst recht die Sammlung und die geistige Konzentration fehlen könnte, um innerhalb des zur Verfügung stehenden Zeitraums die der Vernunft und der Gerechtigkeit entsprechenden Lösungen zu finden. Ohne rechtzeitige Vorarbeit noch während des Krieges würden die wie auch immer zusammengesetzten Regierungen und Teilnehmer der Friedenskonferenzen abermals ihre Unfähigkeit erweisen, wohlabgewogene Friedenszustände durchzuführen. Die Volksmassen selbst aber könnten infolge der rasch um sich greifenden Finanzzerrüttung und des wirtschaftlichen Chaos einer Verbitterung und Empörung verfallen, die sie nur zu leicht wieder bolschewistischen oder nationalistisch-rassistischen Abenteurern ins Netz trieben. Nach den Waffenstillständen des Jahres 1918 haben das ja mehr oder weniger alle direkt oder indirekt beteiligten Staaten schon einmal erlebt. Der jüngere Teil der heutigen Menschheit, der all diese traurigen Erfahrungen noch nicht machen konnte, und die Mehrheit des älteren Teils, die sie nur unklar und triebhaft miterlebte, würden dann wiederum aus naiven Illusionen in bitterste Enttäuschungen geschleudert werden.

Vergegenwärtigen wir uns in aller Kürze, welche Torheiten damals begangen wurden. Nach einem Siegeswahn ohnegleichen brach im Herbst 1918 die Front der Mittelmächte derart zusammen, daß diese sich den Friedensbedingungen der Westmächte unterwerfen mußten. Von den Mängeln der neuen Grenzenziehung und den Reparationsbestimmungen braucht hier um so weniger die Rede zu sein, als die Diktate der von Deutschland Rußland und Rumänien auferlegten Friedensbedingungen von Brest-Litowsk und Bukarest noch schlimmer waren. Wohl aber begingen die Westmächte den unverzeihlichen Fehler, nicht sofort weitsichtig und tatkräftig eine neue, bessere Welt des Friedens und des Völkergedeihens aufbauen zu helfen. Statt der Demokratie, die nach dem Sturze der Militärmonarchien in Deutschland und Österreich zunächst einmal der Form nach zur Herrschaft gelangt war, durch entsprechende politische und wirtschaftliche Maßnahmen zur Dauerherrschaft und zur sozialen Vertiefung und sittlichen Läuterung des ganzen Volkscharakters zu verhelfen, überließ man sie in beiden Ländern einfach ihrem Schicksal. Kein Wunder, daß die innerlich gespaltene sozialistische Arbeiterschaft nicht imstande war, sich gegen die bolschewistische Zersetzung einerseits und die noch weit gefährlichere großkapitalistisch-militaristische Aushöhlung anderseits behaupten zu können. Ewige Putsche von rechts und links, politische Morde und die von der Großbourgeoisie skrupellos betriebene

Steuersabotage und Lastenabwälzungspolitik trieben Deutschland immer tiefer in jene inflationistische Geldentwertung hinein, die durch den von Stinnes und Konsorten verschuldeten «Ruhrkrieg» des Jahres 1923 mit dem Wirtschaftszusammenbruch endete. Erst jetzt endlich begriffen England, Frankreich und Amerika, daß Deutschlands Wirtschaft und Währung stabilisiert werden müsse und boten ihm deshalb die Hand zum Wiederaufbau. Aber diese Hilfsaktion leitete zwar eine fünfjährige Periode des deutschen Wirtschaftsaufstieges ein, die kaum ihresgleichen hatte, kam aber für die Konsolidierung der «Weimarer Republik» und für die demokratisch-pazifistische Seelenerneuerung des deutschen Volkes zu spät. Denn die deutsche Arbeiterklasse hatte während der Inflationsperiode allzu schwer an Ausbeutung und Enttäuschungen gelitten, um noch der Träger der Staatsgewalt und einer demokratischen Staatsmoral sein zu können, während Agrariertum, Großindustrie und Finanzkapital und mit ihnen der seelenverwandte Militarismus und Imperialismus wieder obenauf gekommen waren. Die nationalsozialistische Machtergreifung, die ein Jahrzehnt später erfolgte, geht in ihren materiellen und ideellen Wurzeln bis in diese verhängnisvollen ersten Jahre der Republik zurück.

So unglaublich fehlerhaft und kurzsichtig das Verhalten der Siegermächte war, so fehlt es ihm natürlich nicht an erklärenden Motiven. Frankreich und England waren durch den mehr als vierjährigen Krieg kaum weniger ausgepowert und durch Blutverluste geschwächt als Deutschland und Österreich. Frankreich hatte ja, wie durch den Fall Pétain wieder in Erinnerung gerufen worden ist, bereits selbst mehrfach vor dem Zusammenbruch gestanden. Nur Amerikas Hilfe hatte seine Kapitulation verhütet. Und nicht nur es, sondern auch England und sein Empire hatten ungeheuer gelitten. Als die Mittelmächte schließlich die Waffen streckten, war auch die europäische Entente fast am Ende ihrer Kraft. Ihre Regierungen wie ihre Armeen und Völker ersehnten mit wenigen Ausnahmen nichts anderes als die rascheste und einfachste Liquidierung des Krieges. Der Krieg schien alle Imagination, alle Schöpferkraft aufgezehrt zu haben. Man dachte an nichts, als den gefährlichen Gegner durch Gebietsabtretung zu schwächen, zu entwaffnen und für die verursachten Kriegsschäden schadenersatzpflichtig zu machen. Das Höchste war, daß man ihm noch eine Anzahl kleinerer unabhängiger Staaten gegenüberstellte, für deren dauernde Gewinnung und Erhaltung man später nicht einmal das Notwendigste tat. Und wäre nicht Präsident Wilson gewesen, so wäre es wahrscheinlich nicht einmal zur Schaffung des Völkerbundes gekommen, den später die mittelmäßigsten politischen Routiniers des letzten Vorkriegs-Dezenniums immer mehr versacken ließen. Die unausbleiblichen Folgen dieser ungeheuerlichen Ideenlosigkeit und Verblendung hat die Welt in den letzten zwei Jahren erlebt. Vorher schon mußte der verständigere Teil der Menschheit kopfschüttelnd gewahren, wie wenig die Mehrheit aus der Tragödie des ersten Weltkrieges auch sozial- und handelspolitisch gelernt hatte. Denn nicht nur hatte man trotz dem warnenden Exempel mit Sowjetrußland das kapitalistische

System mit all seinen verhängnisvollen, krisenschwangeren Widersprüchen fortbestehen lassen, so daß selbst in Zeiten vermeintlicher Wirtschaftsblüte und glänzender Prosperität der Trust- und Bankmagnaten gerade in England und Amerika viele Millionen von Arbeitslosen und Schlechtverdienern tiefster menschlicher Degradation verfielen, sondern man hatte auch jeden ernstlichen Versuch verabsäumt, die Wirtschaftsbeziehungen für sämtliche Länder enger und vorteilhafter zu verflechten, so daß man den Neu-Imperialisten und Faschisten das trotz aller Übertreibung so bequeme und wirksame Schlagwort der haves und havenots lieferte. Alles in allem: Die Menschheit wird auch aus dem furchtbaren Verhängnis dieses zweiten Weltkrieges nichts gelernt haben, wenn sie nicht rechtzeitig, das heißt schon während des Krieges, die größten Anstrengungen macht, verpflichtende Grundsätze für eine Neuorganisation des einzelstaatlichen wie des zwischenstaatlichen Gemeinschaftslebens festzulegen, die neue Krisen, Revolutionen und Weltkriege wirklich zu verhüten imstande sind.

Aller Voraussicht nach wird der weitere Verlauf des Krieges selbst schon zwingend beweisen, daß die Zukunft nicht dem Imperialismus auf erweiterter Grundlage, nämlich der Aufteilung der Erde in eine Reihe möglichst autarker Imperien, gehört. Noch sind die Vorstellungen der Demokratie, der Autonomie und zugleich der föderativen Zusammenarbeit im einzelstaatlichen wie überstaatlichen Leben allzu tief verwurzelt und einleuchtend, als daß die Völker sich damit abfinden könnten, sich durch Zwang in autoritäre Imperien einkapseln zu lassen. Die Gewalt wird nur immer stärkere Gegengewalt auslösen. Und der freiwillige, auf gemeinsame Ideale gegründete Zusammenschluß wird sich auf die Dauer als stärker erweisen als alle zeitweilige Gewalt. Zum Heile der Menschheit, denn nichts würde die menschliche Kultur und den Weltfrieden ärger gefährden als die Schaffung von vier oder fünf autarken Imperien, die sich gegenseitig um die größte Macht, die Weltherrschaft, beneideten. Die Leidenschaften der imperialistischen und rassistischen Vorherrschaft würden sich gegenseitig zu einer Glut entflammen, von der wir selbst heute noch kaum eine Vorstellung haben. Deshalb darf sich das Ziel des Krieges nicht auf noch größere, fester zusammengeschweißte Imperien richten, sondern nur auf eine freiwillige Föderation freier Staaten und Völker, deren planvolle Zusammenarbeit der Sicherung des Friedens, der Erreichung des allgemeinen Wohlstandes und einer wahrhaften Gesittung gilt. Die Zugehörigkeit zu dieser Föderation darf den Völkern nicht von außen her aufgezwungen werden, sondern sollte unter dem unwiderstehlichen Druck aller einsichtigen Volksgenossen aus eigener Initiative geschehen. Anderseits sollte der Eintritt in diese Föderation den Nachsuchenden nur aus den allertriftigsten Gründen verweigert werden. Bei ehrlichem, gutem Willen der Mehrheit der föderierten Staaten und ihrer unentbehrlichen Entschlossenheit zu wahrhaft schöpferischer Aufbauarbeit könnte jeder Sabotageversuch leicht abgewehrt werden, gleichviel, ob er nur Einsichtslosigkeit oder aber böser Absicht entspränge. Mit dem Unfug, daß nur Einstimmigkeit der Beschlüsse deren

allgemeine Inkraftsetzung gestatte, müßte natürlich aufgeräumt werden. Wer die Prinzipien jeder arbeitsfähigen Demokratie negiert, mag draußen bleiben.

Die Föderation der friedens- und aufbauwilligen Völker könnte ruhig wieder Völkerbund genannt werden, auch wenn dem Namen üble Erinnerungen anhaften. Nur müßte der erneuerte Völkerbund ganz andere Kompetenzen erhalten und unvergleichlich energischer und rascher arbeiten. Vor allem müßte er auch in allen seinen Teilen, in seinen Haupt- und Unterausschüssen, eine ganz andere Zusammensetzung erhalten. Wie man während des Krieges die Regierungen nicht mehr aus Vertretern der gerade herrschenden Parteirichtung oder der privilegierten Klasse, aus Berufsdiplomaten und «bewährten» Staatsbeamten zusammengesetzt hat, sondern aus Vertretern aller Parteien und Berufe, aus Gelehrten und Autodidakten, vor allem aber aus Persönlichkeiten von gesundem Menschenverstand, von Energie und Initiative, so sollte das auch bei dem zu reorganisierenden Völkerbund der Fall sein. An Einzelgehältern könnte viel eingespart und dafür der Stab der festen und zeitweiligen Funktionäre stark erweitert werden. Und Aufgabe und Ehrgeiz des neuen Völkerbundes dürfte nicht die Häufung von endlosem Akten- und Forschungsmaterial sein, sondern die rasche Ausarbeitung und Inkraftsetzung wichtiger Beschlüsse. Das durch den Krieg erzwungene Arbeitstempo müßte auch nach dem Waffenstillstand und Friedensschluß pausenlos beibehalten werden. Ja, die Rudimente des alten Völkerbundes müßten noch während des Krieges schon möglichst aktionsfähig gemacht und mit der Vorbereitung der künftigen Arbeit betraut werden. Schon heute müßte jedem erreichbaren Bürger aller Staaten das Bewußtsein infiltriert werden, daß die Kriegsentscheidung an sich noch keineswegs über das Schicksal der Menschheit entscheidet, sondern daß Zerfall oder Wiederaufbau von Wirtschaft und Kultur, Friedenssicherung oder Übertrumpfung aller bisherigen Kriegsbestialität völlig von dem Inhalt der Friedensbedingungen und der Neuorganisation der Einzelstaaten und der Weltwirtschaft abhängig sind. So in erster Linie davon, daß man nicht die unterlegenen Staaten wiederum dem finanziellen und wirtschaftlichen Bankrott überläßt, sondern mit äußerster Energie dafür sorgt, daß der unentbehrliche Systemwechsel von der Diktatur zur Demokratie sich ohne die bereits charakterisierten Zusammenbrüche von Währung und Wirtschaft vollzieht, die für ganz Europa die schwersten Folgen nach sich ziehen müßten. Kein bürgerlicher Demokrat und kein demokratischer Sozialist kann wünschen, daß sich in andern Staaten jene furchtbaren sozialen und moralischen Konvulsionen wiederholen, die Sowjetrußland mit seiner vorgeblichen «Diktatur des Proletariats» durchleben mußte. Sollen aber unabsehbare Gewaltkrämpfe dieser oder jener Art verhütet werden, so müssen die Siegerstaaten den Unterlegenen durch Rat und Tat helfen, die Übergangskrise zu überstehen. Die Überwindung des für primitives Fühlen und Denken nur zu naheliegenden Rache- und Vergeltungsdranges wird sich für alle Völker lohnen. Denn der Aufbau einer besseren, unbedingt friedlichen Sozial- und Welt-

ordnung wird nur dann möglich sein, wenn alle Staaten und Völker guten Willens sind und Groll und Revanchegedanken keine Nahrung mehr finden. Auch dem Gewaltgeist scheinbar hoffnungslos verfallene Völker lassen sich durch eine ehrliche und tatkräftige Demokratie viel leichter für den Frieden und die internationale Zusammenarbeit gewinnen, als viele Pessimisten glauben. Es kommt nur darauf an, daß die Staatsleitung und Volkserziehung Persönlichkeiten zufällt, die selbst vom Glauben an Völkerfrieden und soziale Gerechtigkeit durchdrungen sind. Dazu aber können die gleichgesinnten Kreise der andern Staaten sehr wirksam beitragen. Man braucht nur den amtlichen und kulturellen Verkehr zwischen den Staaten, der bis jetzt nur durch Diplomaten, Konsuln, großkapitalistische Wirtschaftsvertreter und allenfalls Wissenschafter gepflogen wurde, durch einen ungleich breiteren, vielgestaltigeren Verbindungsapparat zu ersetzen, um die Demokratisierung aller amtlichen Organe wie des ganzen zivilen Denkens selbst solcher Länder mächtig zu fördern, die bisher meist der demokratischen Selbstregierung und Selbstverantwortung entwöhnt waren. Wenn die Politiker, Volkswirtschafter, Gewerkschafter, Forscher und Intellektuellen aller Länder der alten wie der jungen Demokratie in ständiger, enger Berührung miteinander ständen und sich ernstlich bemühten, einander durch gründliche Erörterung aller politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Probleme kennenzulernen, so würden die nationalen Vorurteile und Borniertheiten bald auszurotten sein. Natürlich dürfte der Meinungs- und Erfahrungsaustausch nicht auf konventionelle Höflichkeitsphrasen oder bestenfalls enge Fachsimpelei beschränkt sein, wie das bisher meist der Fall war. Vernünftig arrangierte Ferienreisen, Studienfahrten, Kinder- und Gelehrtenaustausch usw. großen Stils könnten gleichfalls nicht wenig zur Verständigung und Kooperation der Völker beitragen.

Von größter Wichtigkeit wäre es ferner, das Trugidol der Autarkie seiner unverdienten Verehrung zu entkleiden. Selbstversorgung ist am Platze, wenn die Natur ein Land mit Agrarprodukten und Bodenschätzen ausgestattet hat, die zu seiner Bedarfsdeckung ausreichen. Aber welchen Sinn hätte es, kargem Boden und unergiebigen Minen mit einem Übermaß an Arbeitskraft Erträge abzuringen, wenn andere Länder mit reicheren Naturschätzen es billiger mit Getreide, Früchten oder Mineralien beliefern können. Dafür können Länder, die knapp an Getreide, Kohlen oder Erzen sind, die Mittel für den Kauf benötigter Nahrungsmittel und Rohstoffe dadurch gewinnen, daß sie einen Überschuß von gewerblichen und industriellen Produkten herstellen, den sie im Ausland absetzen. Solcher, auf die Verschiedenheit der einzelnen Länder gegründete gegenseitige Warenaustausch war das Gegebene und Rationellste, solange nicht durch die sprunghafte Industrialisierung und Technisierung ein Mißverhältnis zwischen Überangebot und allzu geringer Nachfrage auf dem Weltmarkt geschaffen wurde. Und als zu dieser Planlosigkeit des Drauflosproduzierens noch die Autarkie um jeden Preis und die Manie der abenteuerlichsten Ersatzstoffe trat, litt die Welt erst recht an «Überproduktion», die ihrer-

seits wieder den vom imperialen Ehrgeiz angestachelten Drang zur Gewinnung mächtiger Großraumgebiete zur Beschaffung aller wünschbaren Rohstoffe forcierte, den Drang zur Eroberung des sogenannten «Lebensraumes». Dieser Neu-Imperialismus, der dazu geführt hat, die kriegerische Machtpolitik der lebenstüchtigsten Rassen als unabdingbares Menschenrecht und Naturgesetz zu proklamieren, beruht zum Glück für die Menschheit auf leicht widerlegbaren Trugschlüssen. Denn erstens bedürfen die Völker gar nicht des Eigentumsrechts auf einen gewaltigen Lebensraum, weil sich der Warenbezug sowohl wie der Warenabsatz unendlich schmerz- und katastrophenloser durch Wiederherstellung des freien Weltmarktes für alle Nationen ermöglichen läßt. Und zweitens läßt sich die «Überproduktion» bei gutem Willen und volkswirtschaftlicher Einsicht sehr einfach dadurch beseitigen, daß man die Produktion nach dem Bedarf regelt. Um aber die ungeheure Errungenschaft der Technisierung nicht ungenützt zu lassen, muß künftig der Durchschnittsbedarf der Bevölkerung nicht mehr nach deren heutiger «Kaufkraft» bemessen werden, sondern nach dem Bedarf jedes Einzelnen, den Vernunft und Gerechtigkeit rechtfertigen und der der jeweiligen Leistungsfähigkeit der Produktion entspricht.

Und wenn engstirnige, fortschrittsfeindliche Nutznießer des heutigen kapitalistischen Systems behaupten, das sei blanker Sozialismus, ja Kommunismus, so brauchen wir uns nicht einmal bekannter Wortprägungen wie «Plutodemokratie» zur Kennzeichnung solcher Voreingenommenheit zu bedienen, sondern nur auf den sozialen Gemeinschaftsgeist zu verweisen, der sich heute in manchen Ländern offenbart. Da werden die Kleinbürger und Proletarier, deren Wohnungen durch Fliegerbomben zerschmettert und eingeäschert sind, nötigenfalls in den Etagen oder Villen der Begüterten, sogar in den Palästen der hohen Aristokratie einquartiert. Zu den Kriegslasten steuern die Reichen ohne Murren exorbitante Beiträge bei; jedem Tüchtigen und Befähigten steht der Aufstieg in der Armee und zu den höchsten Ämtern und Posten offen. Und sozialistische wie konservative Minister erklären, daß die bisherigen Einkommens- und Vermögenskontraste künftig nicht beibehalten, sondern erheblich ausgeglichen werden müßten. Sollte das alles nur eine wohlberechnete Anfeuerung zur Volkssolidarität sein, eine raffinierte Stimulierung des Kampfeswillens, bestenfalls eine Augenblickserleuchtung, die nach dem Kriege wieder verflattern wird? Wir glauben, daß sich bei vielen Betätigern dieses Gemeingeistes ein starker Niederschlag dieser Gesinnung auch für die Nachkriegszeit konservieren wird, so daß man mit freierem Blick und weit größerem Ernst diesmal an die Lösung der sozialpolitischen und weltwirtschaftlichen Friedensaufgaben herangehen wird als nach dem ersten Weltkrieg.

Trotzdem sind diese Aufgaben zu kompliziert, zu groß, zu weltumfassend, als daß wir sie getrost der «Entwicklung» und den bisher hervorgetretenen Geistes- und Willenskräften überlassen dürften. Muß doch der Völkerbund von Grund auf umgebaut werden, ist doch der

Weltmarkt neu zu organisieren, sind doch die Kolonien unter der Regie des Völkerbundes einer Verwaltung der friedenswilligen Völkergesamtheit zu unterstellen, die die Interessen der eingeborenen Bevölkerung ebenso gewissenhaft wahrnimmt wie die weltwirtschaftlichen Interessen der zivilisierten Völker. Wozu noch die strenge Festlegung und Innehaltung der gemeinsamen Abrüstung kommt, die Schaffung einer unbedingt funktionierenden Völkerbundsarmee, der tunlichste Abbau der bestehenden Zollschranken, die Stabilisierung und möglichste Vereinheitlichung der Währungen und viele andere, dem gleichen Ziele dienende Aufgaben der Friedenssicherung und Kulturhebung der Völkergesamtheit. Programmatisch sind sie bereits von Einzelgruppen formuliert worden, aber es kann nicht früh genug die Kraft aller anständigen Menschen sämtlicher Völker und Parteien hinter sie gesetzt werden.

Stalins Konterrevolution

Von G. Florian.

In Neuyork erschien im Jahre 1940 Max Eastmans Buch «Stalins Russia and the Crisis in Socialisme».

Da Eastman seinerzeit einer der wenigen amerikanischen Sozialisten war, die die russische Revolution verteidigten, galt er lange Zeit als Kommunist und später als Trotzkist, was beides nur teilweise den Tatsachen entspricht. Eastman war, wie er in seinem Vorwort sagt, niemals orthodoxer Marxist. Nichtsdestoweniger hielt er anfangs den Leninschen Weg zum Sozialismus — Machtergreifung durch eine Minderheit von Berufsrevolutionären — für richtig. Heute korrigiert er sich.

Ich glaubte einst — so ungefähr sagt Eastman —, daß wir die bürgerliche Demokratie beiseiteschieben könnten, wenn wir den Schritt zur industriellen Demokratie vollziehen, und daß man die Freiheiten unter der bürgerlichen Demokratie weit überschätzt habe. Heute bin ich für die Verteidigung der politischen Institutionen und der sozialen Gewohnheiten der Demokratie auf allen Fronten. «Ob in einer revolutionären Krise oder in unbedeutenderen Kämpfen, sie sollten meiner Ansicht nach nicht als Übergangsstufe, sondern als Basis, auf der wir aufzubauen haben, betrachtet werden. Ich bin nicht länger willens, meine eigenen Freiheiten auf Grund der Theorie, daß ich keine besäße, wegzuwerfen. Und ich führe dasselbe bezüglich der Freiheiten, die, obgleich beeinträchtigt durch ökonomische Unterdrückung, unzweifelhaft in den demokratischen Ländern von den Massen besessen werden.»

Nachstehend geben wir die wichtigsten Gedankengänge des ersten Teiles des Eastmanschen Buches «Der Mißerfolg der russischen Revolution» wieder.

Den jeden Beobachter erschreckenden Wandel Rußlands von einem der fortschrittlichsten zu einem der reaktionärsten Staaten dieser Erde, ein Wandel, der sich in den letzten zehn Jahren vollzog, zeigt Eastman